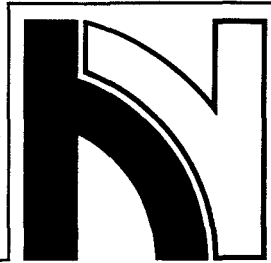
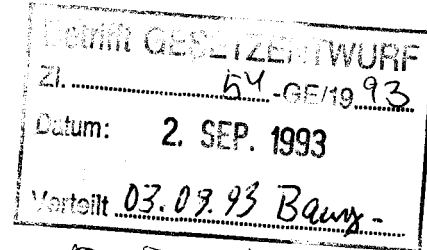


15/SN-324/ME

**Handelsverband**Verband österr. Mittel- und Großbetriebe  
des Einzelhandels1080 Wien, Alser Straße 45  
Telefon 42 74 61, 43 22 36  
Telefax 408 64 81  
DVR 0562157An das  
Bundesministerium für FinanzenRadetzkyst. 2  
A - 1031 WienWien, am 27.8.1993  
Dr.Th./ZBetrifft: Entwurf Steuerreformgesetz 1993

Sehr geehrte Damen und Herren!

Wir danken für die an uns ergangene Einladung zur Stellungnahme zum gegenständlichen Entwurf (GZ. 14 0403/2-IV/14/93) und teilen dazu folgendes mit:

In diesem Steuerreformgesetz wird eine Vielzahl von steuerlichen Vorschriften betroffen. Wesentlich hervorzuheben ist hierbei die Zielsetzung des Gesetzgebers, wonach eine Entlastung von den Ertragsteuern und den Substanzsteuern einerseits erreicht werden soll, andererseits auch eine wesentliche Entbürokratisierung als notwendig erscheint.

Der Wegfall der Gewerbesteuer hinsichtlich der Gewerbeertragsteuer in materieller Hinsicht ist unbedingt zu begrüßen. Dadurch entfallen die notwendigen Anpassungen an das nach Einkommen bzw. Körperschaftsteuerrechtlichen Vorschriften ermittelte Ergebnis, nämlich Gewinn aus Gewerbebetrieb. Eine gesonderte Erfassung der Dauerschuldzinsen sowie aller sonstigen Hinzu- und Abrechnungen wird sich als entbürokratisierend sehr vorteilhaft auswirken.

Der Erhöhung des Körperschaftsteuersatzes von 30 % auf 34 % kann nur aus budgetpolitischen Gründen zugestimmt werden.

Neben dieser Steuersatzerhöhung ist allerdings insbesondere zu beachten, daß damit im Bereich Investitionsbegünstigungen sowie im Bereich der Rückstellungen wesentliche und einschneidende Kürzungen vorgesehen sind.

-/2



In einer Zeit, in der eine Konjunkturankurbelung notwendig scheint, ist es unseres Erachtens nicht zielführend, Investitionsbegünstigungen zu kürzen. Gerade durch die Investitionstätigkeit der in der Privatwirtschaft tätigen Unternehmen ist eine Konjunkturankurbelung zu erwarten. Der Wegfall der Investitionsrücklage sowie die Möglichkeit, nur noch in vermindertem Umfang Investitionsfreibetrag geltend zu machen, widerspricht dem vorhin aufgezeigten Grundsatz.

Der steuerliche Gesetzgeber vermeint, im Rückstellungsbereich von den handelsrechtlichen Muß-Vorschriften unbedingt abzuweichen. Hier muß auf 2 Problembereiche hingewiesen werden:

#### 1. Aushöhlung des Maßgeblichkeitsgrundsatzes

Es erfolgt eine weitere Aushöhlung des sogenannten Maßgeblichkeitsgrundsatzes der Handelsbilanz für die Steuerbilanz. Der handelsrechtliche Gesetzgeber hat nicht zuletzt im Hinblick auf die Insolvenzprophylaxe eine Novellierung der Grundsätze ordnungsmäßiger Bilanzierung durch das Rechnungslegungs-Gesetz vorgenommen. In diesem Gesetz ist in § 198 Handelsgesetzbuch absichtlich vom Gesetzgeber eine Verpflichtung zur Rückstellungsbildung normiert worden, wobei den Unternehmern kein Wahlrecht eingeräumt wurde, ob sie Rückstellungen bilden wollen oder nicht (erläuternde Bemerkungen zu § 198 Abs 8 HGB). Aus diesem Grunde, wonach verpflichtend Rückstellungen zu bilden sind, hat der Gesetzgeber eine demonstrative Aufzählung von einzelnen Rückstellungen im Gesetzestext angeführt. Darüberhinaus werden in den erläuternden Bemerkungen weitere Rückstellungen angeführt (zB Jubiläumsgeldrückstellungen), die ebenfalls verpflichtend gebildet werden müssen.

Der steuerliche Gesetzgeber hingegen hat im Entwurf des Steuerreformgesetzes 1993 vorgesehen, daß die im Gesetzestext bloß demonstrative Aufzählung lt Handelsgesetzbuch für steuerliche Zwecke in eine taxative Aufzählung umgeformt werden soll. Die in den erläuternden Bemerkungen lt Handelsgesetzbuch ebenfalls verpflichtend zu bildenden Rückstellungen werden vom steuerlichen Gesetzgeber nicht mehr angeführt. Dadurch ist ein weiteres Auseinandergehen zwischen handelsrechtlich verpflichtend zu bildender Rückstellungen einerseits und steuerlich als Betriebsausgabe anzuerkennenden Rückstellungen andererseits gegeben. Damit widerspricht der steuerliche Gesetzgeber insbesondere aus der Sicht der Insolvenzprophylaxe dem handelsrechtlichen Gesetzgeber. Dies muß bei der derzeitigen Insolvenzstatistik zu äußerstem Bedenken Anlaß geben.



Nach bisherigem Steuerrecht war die Bildung von Pauschalrückstellungen in jenen Fällen anerkannt, in denen hinsichtlich des Rückstellungsgrundes Erfahrungswerte aus der Vergangenheit vorgelegen sind. Im Steuerreformgesetz 1993 ist vorgesehen, daß Pauschalrückstellungen aller Art generell ausgeschlossen werden. Dies erscheint weder sachlich noch durch eine andere Art der Argumentation gerechtfertigt. Das Prinzip der Leistungsfähigkeit einerseits sowie die Gleichmäßigkeit der Besteuerung andererseits setzt voraus, daß Rückstellungen bei der steuerlichen Ermittlung anerkannt werden müssen. Es erscheint völlig sachfremd, wenn derselbe Gesetzgeber für handelsrechtliche Zwecke aus der Sicht der Insolvenzprophylaxe den Kaufmann zu einer vorsichtigen Bilanzierung verpflichtend anhält, jedoch derselbe Gesetzgeber in steuerrechtlichen Vorschriften nachweisbare Aufwendungen in Form von Pauschalrückstellungen gebildet auf Erfahrungswerten der Vergangenheit nicht anerkennen möchte.

## 2. Erhöhter Verwaltungsaufwand

Ein wesentlicher Grundsatz beim Steuerreformgesetz 1993 war die Entbürokratisierung. Nach dem Wegfall von Pauschalrückstellungen ist die Entbürokratisierung nicht mehr gewährleistet, sondern hingegen mit erheblichen zusätzlichen Verwaltungsaufwendungen auf Seiten des Steuerpflichtigen als auch der Finanzverwaltung verbunden. Durch die Bildung von Pauschalrückstellungen sowie Pauschalwertberichtigungen (zu Forderungen) konnte die nachträgliche Berichtigung durch Ausfall von Einzelforderungen abgefangen werden. Eine eigene Bilanzberichtigung zwischen der Erstellung der Bilanz bis zur Bescheiderteilung erwies sich nicht notwendig, da durch die pauschale Wertberichtigung bzw. pauschale Rückstellung bereits vorgesorgt worden war. Da aus steuerlicher Sicht maßgebend die Verhältnisse zum Zeitpunkt der Bescheiderlassung sind, wird es sich in vielen Fällen als notwendig erweisen, den bereits erstellten und durch das Aufsichtsorgan genehmigten Jahresabschluß nachträglich zu berichtigen. Dies bedeutet auch eine nochmalige Änderung der eingereichten Steuererklärungen bis zur Bescheiderlassung. Es ist daher mit einer Vielzahl von Berichtigungen zu rechnen und überdies mit entsprechenden Berufungen gegen Steuerbescheide, da aufgrund der wirtschaftlichen Weiterentwicklung und den Erfahrungen des täglichen Lebens Einzelwertberichtigungen sich nachträglich als notwendig erweisen werden und durch die Nichtanerkennung der Pauschalrückstellungen nachträglich zu einer Änderung der Bemessungsgrundlage führen werden. Hierbei wird unterstellt, daß die Gründe für die Einzelwertberichtigung sehr wohl noch im alten Jahr gelegen waren, jedoch bis zur Bilanzerstellung nicht bekannt geworden sind (zB verschlechterte Ertragslage des Kunden bereits vor dem Bilanzstichtag).



Ein wesentlicher zusätzlicher Verwaltungsaufwand, nämlich die genaue detaillierte Verfolgung der notwendigen Einzelwertberichtigungen bis zum Ablauf der Berufungsfrist wird dadurch notwendig und wird zu wesentlichen zusätzlichen unvermeidbaren Aufwendungen sowohl bei den Steuerpflichtigen als auch der Finanzverwaltung führen. Aus diesem Grunde sind die Nichtanerkennung von pauschalen Wertberichtigungen als auch pauschale Rückstellungen unbedingt abzulehnen.

Als denkbare Variante kann angeführt werden, daß dem steuerlichen Gesetzgeber es durchaus zustünde, eine Pauschalwertberichtigung in einem in Prozent betragsmäßig angegebenen Umfang (zB bis zu 5 % der nicht einzeln wertberichtigten Forderungen) ähnlich den Abschreibungen zu gestatten und darüber hinausgehende pauschale Wertberichtigungen nur nach Nachweis zuzulassen. Im Bereich der Rückstellungen war schon bisher eine Bildung nur auf Grundlage der Erfahrungswerte der Vergangenheit möglich.

Eine besondere Pikanterie ist dadurch gegeben, daß der handelsrechtliche Gesetzgeber für die arbeitsrechtliche Verpflichtung der Zahlung von Jubiläumsgeldern verpflichtend eine Rückstellung vorsieht. Der steuerliche Gesetzgeber hingegen anerkennt solche Rückstellungen nicht. Es muß wiederum auf die oben angeführten Auswirkungen, nämlich weiteres Durchlöchern des Maßgeblichkeitsgrundsatzes wie Unverständnis aus der Sicht der Insolvenzprophylaxe hingewiesen werden.

Im Steuerreformgesetz 1993 fehlt auch die im internationalen Vergleich übliche Möglichkeit des zeitlich beschränkten Verlustrücktrages sowie des zeitlich unbeschränkten Verlustvortrages. Unter dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit sind sowohl der zeitlich beschränkte Verlustrücktrag als auch der zeitlich unbeschränkte Verlustvortrag wesentliche Komponenten, welche insbesondere durch die Nichtanerkennung der Pauschalwertberichtigungen sowie der Pauschalrückstellungen noch zusätzlich besonders wichtig und unverzichtbar wären.

#### **Zur Kommunalabgabe**

Die Kommunalabgabe ist grundsätzlich als Ersatz für die Lohnsummensteuer gedacht. Darüberhinaus werden auch bisher der Lohnsummensteuerpflicht nicht unterliegende Löhne und Gehälter von Steuerpflichtigen, insbesondere Freiberuflern, von der Kommunalabgabe erfaßt. Die Erhöhung von bisher 2 % der Lohnsummensteuer auf 3 % widerspricht der derzeitigen Wirtschaftspolitik ganz konträr, da der Arbeitsmarkt durch die hohe Arbeitslosigkeit gekennzeichnet ist. Eine Besteuerung des Faktors Arbeit steht somit in eklatantem Widerspruch zu den Bemühungen zu zusätzlichen Arbeitsplätzen. Aus diesem Grunde ist eine Besteuerung des Faktors Arbeit zu vermindern und somit eine



Seite 5

Wien 27.8.93, Dr.Th./Z

andere Finanzierungsform für die davon betroffenen Gebietskörperschaften zu finden. Ertragsstarke Betriebe, welche Personal leicht durch andere Faktoren ersetzen können, werden entsprechend an einem Abbau von Arbeitsplätzen interessiert sein und damit die Kommunalabgabe im wesentlichen Umfang vermeiden können. Dies ist im Widerspruch zu der volkswirtschaftlichen Zielrichtung der Erhaltung und Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Es muß somit eine Erhöhung der Gehalts- und Lohnnebenkosten unbedingt vermieden werden und darüberhinaus eine Absenkung der erwähnten Kosten gefordert werden, um aus der volkswirtschaftlichen Gesamtbetrachtung den optimalen Effekt für Konjunkturbelebungen wiederum zu schaffen.

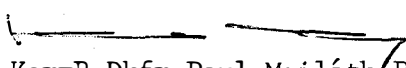
#### **Zum Kreditsteuergesetz**

Der Entwurf des Kreditsteuergesetzes 1993 sieht im wesentlichen eine Steuerpflicht für Darlehen zwischen Unternehmern als auch Privaten ausgenommen Banken vor. Diese Kreditsteuer soll nach der Konzeption wie eine Zinserhöhung wirken. Dies erscheint unter den jetzigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wie oben angeführt wiederum im eklatanten Widerspruch in Zeiten, wonach die Zinsbelastung gesenkt wird, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Darüberhinaus ist es mit viel Bürokratieaufwand auf Seiten der Steuerpflichtigen als auch der Finanzverwaltung verbunden. Insbesondere die Einbeziehung von Privatarlehen jedweder Art ist abzulehnen, wobei auf die Gründe für die Einführung der Endbesteuerung im Bereich der Einkünfte aus Kapitalvermögen hingewiesen werden muß. Darüberhinaus erscheint es völlig gleichheitswidrig für Darlehen, welche noch knapp vor Inkrafttreten des Kreditsteuergesetzes 1993 der Gebührenpflicht unterlegen sind, zusätzlich eine Kreditsteuer zu entrichten. Hier sind entsprechende Übergangsvorschriften vorzusehen.

Zusammenfassend muß festgehalten werden, daß der Wegfall von Gewerbe- und Vermögensteuer einen wesentlichen Fortschritt auch im Hinblick der gewünschten Entbürokratisierung darstellt. Aufgrund der vorliegenden Entwürfe ist leider festzuhalten, daß die Steuerpflichtigen mit doch wesentlich erhöhten Aufwendungen für die Durchführung und Ermittlung der Bemessungsgrundlagen belastet werden. Von einer Entbürokratisierung bleibt nichts mehr übrig, sondern sogar umgekehrt, die geplante im Entwurf vorliegende Steuerreform zieht zusätzliche Verwaltungsaufwendungen nach sich. Die bereits oftmals auch im Regierungsprogramm vorgesehene Vereinheitlichung der Bemessungsgrundlagen für Lohnsteuer, Sozialversicherung, Dienstgeberbeitrag etc. ist wiederum nicht geschafft worden.

Hochachtungsvoll

  
KommR Dkfm. Paul Mailáth-Pokorny  
Präsident

Dr. Hildegard Fischer  
Geschäftsführerin

P.S.: 22 Abzüge der Stellungnahme ergehen an den Präsidenten des Nationalrates